

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 29.11.2017 zu der Berichterstattung über die Gespräche zwischen Union und SPD

In einer Programmbeschwerde vom 29.11.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Berichterstattung von „Tagesschau“, „Tagesthemen“ und tagesschau.de über Gespräche von Union und SPD zur Regierungsbildung. Die Berichterstattung orientiere sich an der Frage, in welcher Weise eine Regierungsbildung möglich sei, insbesondere an der Frage nach den Chancen einer Mehrheitsregierung. Zum Thema Minderheitsregierung sei Unionsfraktionschef Kauder in einem Bericht auf tagesschau.de vom 26.11.2017 falsch zitiert worden. Nach Ansicht der Beschwerdeführer ordnet ARD-aktuell die „Berliner Vorgänge“ nicht ein, die Redaktion berichte ebenso wie andere Massenmedien distanzlos und oberflächlich.



Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

Die Vorwürfe der Beschwerdeführer sind für uns nicht nachvollziehbar. Wenn wir über die Gespräche von Union und SPD über eine mögliche Regierungsbildung berichten, geht es selbstverständlich dabei auch um die Frage nach den Chancen einer Mehrheitsregierung. Unionsfraktionschef Kauder hatte sich im „Bericht aus Berlin“ ebenso wie die Kanzlerin gegen eine Minderheitsregierung ausgesprochen und für eine Große Koalition mit der SPD geworben. Richtig ist, dass Kauder im Wortlaut sagte, die Abläufe im Parlament seien mit einer Koalition „wesentlich besser zu steuern“ anstatt - wie zitiert auf tagesschau.de - sie seien „viel besser zu steuern“. Da in direkter Rede zitiert wurde, wäre die Verwendung des Wortes „wesentlich“ korrekt gewesen. Das räumen wir gerne ein - einen inhaltlichen Unterschied vermögen wir allerdings nicht zu erkennen.

Wir berichten über die unterschiedlichen Aspekte der Regierungsbildung und die Positionen der Beteiligten weder distanzlos noch oberflächlich, sondern ausführlich und objektiv. Das belegt auch ein Blick in unser umfangreiches Sendungsarchiv zum Thema. Kommentiert werden die „Berliner Vorgänge“ in unseren Nachrichtenangeboten in explizit als solche gekennzeichneten Kommentaren. Die Ausführungen der Beschwerdeführer zum Nachkriegs-Parlamentarismus und zum grundsätzlichen Verhältnis von Regierung und Parlament haben keinen direkten Bezug zu unserer Berichterstattung.

Hamburg, 18.12.2017

Dr. Kai Gniffke
Erster Chefredakteur ARD-aktuell